

# Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 2, Januar 2021

## Inhalt

Aktuelles .....	2
Umsetzung der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien nach Auffassung des Generalanwalts beim EuGH europarechtswidrig .....	2
Angebot für Verteilnetzbetreiber: EEG 2021 – virtueller Workshop zur neuen Rechtslage .....	3
Geplante Änderungen im Mess- und Eichrecht .....	3
Über uns .....	4
Ihre Ansprechpartner .....	4
Bestellung und Abbestellung .....	4

---

**Peter Mussaeus**

Tel.: +49 211 981-4930  
peter.mussaeus@pwc.com

**Dominik Martel, LL.M.**

Tel.: +49 521 96497-902  
dominik.martel@pwc.com

**Thorsten Roll, LL.M.**

Tel.: +49 211 981-5569  
thorsten.roll@pwc.com

**Dr. Melanie Meyer, LL.M.**

Tel.: +49 30 2636-2094  
melanie.meyer@pwc.com

**Dr. Julien Lamott**

Tel.: +49 211 981-4696  
julien.lamott@pwc.com

---

## Umsetzung der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien nach Auffassung des Generalanwalts beim EuGH europarechtswidrig

Im Nachgang zu unserem Newsletter vom 13. Januar 2021 hat der Generalanwalt beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) am 14. Januar nunmehr seine Schlussanträge in dem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland gestellt. Nach seiner Auffassung seien die Elektrizitäts- und Gasbinnenmarktrichtlinien nur mangelhaft umgesetzt worden. Die Bundesrepublik Deutschland habe daher Unionsrecht verletzt.

---

### Rechtsauffassung der Parteien

Die Schlussanträge des Generalanwalts geben erstmals genauere Einblicke in die bislang nicht veröffentlichte Argumentation der Parteien. Die Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass die Regulierungsbehörde die Entscheidungen unabhängig und damit richtlinienkonform treffe. Der Regulierungsbehörde stünde dabei ein weiter Ermessensspielraum zu, der lediglich durch die gesetzgeberischen „Grundsatzentscheidungen“ in den Verordnungen vorgefasst würde. Die konkret-individuelle Regulierungsentscheidung würde aber von der Regulierungsbehörde erlassen, wohingegen die Verordnungsermächtigung in § 24 EnWG lediglich die Bundesregierung zu abstrakt-generellen Vorgaben ermächtige. Die Binnenmarktrichtlinien würden es auch nicht verbieten, die darin getroffenen Vorgaben von den Mitgliedstaaten zu konkretisieren. Die gegenteilige Auffassung würde gerade gegen die durch Art. 288 AEUV garantierte Freiheit in Bezug auf Form und Mittel der Richtlinienumsetzung verstoßen. Mangels anderer Konkretisierung der Tarifierung des Netzzugangs seien die Mitgliedstaaten daher sogar angehalten, selbst Methoden und Bedingungen festzulegen. Im Übrigen seien die Besonderheiten von Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip in Deutschland nach der Garantie der *nationalen Identität* gem. Art. 4 Abs. 2 EUV zu beachten.

---

### Richtlinien nach Auffassung des Generalanwalts mangelhaft umgesetzt

Der Generalanwalt schließt sich demgegenüber der Auffassung der Kommission an. Demnach stelle der Begriff der Unabhängigkeit in den Richtlinien klar, dass die Regulierungsbehörde ihre Aufgaben frei von jeglicher äußerer Einflussnahme ausüben müsse. Eine Beschränkung der Handlungsweise oder der Befugnisse sei daher auch durch nationale Gesetze nicht möglich. Die Befugnisse würden allein durch die Binnenmarktrichtlinien bestimmt. Diese Unabhängigkeit sei notwendig, weil nur so den Zielen der Richtlinien, nämlich einen funktionierenden, wettbewerblichen und diskriminierungsfreien Binnenmarkt zu gewährleisten, entsprochen werden könne.

Seine Ansicht sieht der Generalanwalt insbesondere durch die bisherige Rechtsprechung des EuGH gestützt. So habe der EuGH in der Vergangenheit bereits festgestellt, dass eine Übertragung von Regulierungsaufgaben auf eine andere Stelle als die Regulierungsbehörde insbesondere nicht mit den auch hier einschlägigen Richtlinien vereinbar sei. Die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde sei auch gegenüber dem Gesetzgeber zu wahren, so dass eine Übertragung der Methodenbestimmung auf die Regierung, hier im Wege der Verordnungsermächtigung, nicht richtlinienkonform sein könne.

Auch den weiteren Rügen der Europäischen Kommission sei nach Auffassung des Generalanwalts stattzugeben. Die Bundesrepublik Deutschland habe den Begriff des vertikal integrierten Unternehmens unzureichend ins nationale Recht überführt. Zudem seien die vorherigen Tätigkeiten, die bei den Wartezeiten für Leitungspersonal bei Übertragungsnetzbetreibern berücksichtigt werden, zu stark eingeschränkt worden. Auch müsse die Pflicht zum Verkauf von Anteilen an einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen nicht nur für das Leitungspersonal, sondern für alle Mitarbeiter des Übertragungsnetzbetreibers gelten. Die Entflechtungsregelungen seien damit nicht vollständig umgesetzt worden.

---

### Fazit

Der Generalanwalt kommt im Rahmen seiner Schlusseinträge zu der Einschätzung, dass die Umsetzung der Strom- und Gasbinnenmarktrichtlinien mangelhaft und insoweit auch unionsrechtswidrig erfolgt sei.

Insbesondere die Verordnungsermächtigung des § 24 Abs. 1 EnWG – und somit die durch die Bundesregierung erlassenen Vorschriften der StromNEV, GasNEV und ARegV – sei zu beanstanden. Folgt der EuGH den Schlussanträgen des Generalanwalts, könnte dies eine vollständige Neugestaltung des bislang bekannten Regulierungsregimes bedeuten.

Zu den etwaigen Folgen einer solchen Entscheidung des EuGH verweisen wir im Weiteren auf unseren Newsletter sowie Blogbeitrag vom 13. Januar 2021. Unseren Blog „Auf ein Watt“ finden Sie unter folgender Adresse: <https://blogs.pwc.de/auf-ein-watt/>

---

**RA Henning Winkelmann**  
Tel.: +49 511 5357-5142  
henning.winkelmann  
@pwc.com

---

## Angebot für Verteilnetzbetreiber: EEG 2021 – virtueller Workshop zur neuen Rechtslage

Zum Jahreswechsel ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 in Kraft getreten. Zu den Änderungen an einem der Rechtsakte, die das Geschäft von Verteilnetzbetreibern am intensivsten bestimmen, bringen wir Sie auf den neuen Stand und unterstützen Sie bei der Umsetzung

Damit Ihr Unternehmen den Netzbetrieb im Einklang mit der neuen Rechtslage erbringen kann, bieten wir Ihnen einen Inhouse-Workshop im Online-Format an. Die Inhalte sind speziell auf Ihre Bedürfnisse als Netzbetreiber ausgerichtet. Sie bestimmen über die Details wie Schwerpunktsetzung und den Teilnehmerkreis Ihrer Mitarbeiter. Gerne nehmen wir Ihre Praxisfragen mit in die Veranstaltung auf.

---

### Virtueller Workshop mit Ihrer Schwerpunktsetzung

---

Im Anhang zu diesem Newsletter finden Sie ausführliche Informationen zu unserem Workshopangebot. Wir gestalten einen Workshop auch individuell nach Ihren Wünschen aus oder bieten Schwerpunktgespräche zu ausgewählten Themen an.

#### Ihre Praxisfragen – unsere Antworten

Sprechen Sie uns einfach an und wenden Sie sich gerne auch mit Ihren individuellen Fragen zum EEG an uns.

---

**RA Henning Winkelmann**  
Tel.: +49 511 5357 5142  
henning.winkelmann  
@pwc.com

---

## Geplante Änderungen im Mess- und Eichrecht

Der Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) für eine dritte Änderungsverordnung der Mess- und Eichverordnung (MessEV) befindet sich derzeit in der Verbändeanhörung.

Die Eichfristen für Wasser-, Gleichstromzähler und Abgasmessgeräte sollen verlängert werden. Außerdem ist die Schaffung eichrechtlicher Grundlagen für Verrechnungen von Messwerten im Energiebereich geplant. Dies soll Abläufe wie die Bilanzierung von Stromflüssen, Berechnungen für PV-Anlagen in Eigenverbrauchskonstellationen, Differenzwertbildungen u. ä. vereinfachen und rechtliche Lücken füllen. In einer neu gefassten Anlage 7 der Verordnung sollen Ausnahmen für Verrechnungen im Energiebereich geregelt werden. Mittelfristig soll die Bundesnetzagentur entsprechende Vorgaben erlassen. Das Mess- und Eichgesetz (MessEG) soll um die entsprechende Ermächtigung ergänzt werden. Stellungnahmen zum BMWi sind bis zum 25. Januar 2021 möglich.

---

### Messwertverrechnungen sollen auch mess- und eichrechtlich zulässig werden

---

Bei den geplanten Regelungen handelt es sich um klarstellende Rahmenbedingungen des Mess- und Eichrechts, die zu einer Harmonisierung mit dem Energierecht führen. Durch § 20 Abs. 1d S. 3 EnWG sind derartige Verrechnungen bereits vorgesehen. Sofern keine Anbindung an Smart-Meter-Gateways besteht dürfen hiernach auch Werte von Lastprofil-Unterzählern mit 15-minütig erhobenen Leistungswerten verrechnet werden. Die geplante Auflösung des Konflikts mit dem Mess- und Eichrecht stehen jedoch mitunter praktische Probleme der Netzbetreiber gegenüber. Diese oftmals notwendigen Verrechnungen – z. B. für die Berechnung der EEG-Umlage, von EEG-Förderzahlungen, im Zusammenhang mit dem Einspeisemanagement und weitere (viele dieser Fälle soll die neue Anlage 7 MessEV adressieren) – können zu aufwändigen Prozessen werden. Dies gilt umso mehr in Konstellationen wie bei unterjährigen Anschlussnutzer- oder Lieferantenwechseln oder wenn sich das Messkonzept ändern muss.

### **Mehr rechtliche Klarheit – tatsächliche Umsetzung bleibt herausfordernd**

Die Einschränkung der Vorgabe, dass durch Rechenverfahren aus Messwerten gebildete Messgrößen nur genutzt werden dürfen, wenn eine Regel des Regelermittlungsausschuss vorliegt, kann zu rechtlich dringend notwendigen Klarstellungen führen. Für die Energiewirtschaft fehlten solche Regeln bisher häufig. Allerdings bleiben mathematische Probleme. Verrechnungen waren nicht innerhalb gesetzlicher Fehlergrenzen möglich – wird die Änderungsverordnung erlassen, dürfte sich der Fokus auf die Umsetzbarkeit und Praxistauglichkeit vieler Berechnungen verschieben.

Zur Lösung dieser tatsächlichen Probleme können intelligente Messsysteme wesentlich beitragen. Bis diese auch Messlokationen mit geringen Verbrauchs- bzw. Einspeisemengen in relevantem Ausmaß erreichen, kann durch die Änderungsverordnung zumindest der Rechtsrahmen an die tatsächlichen Bedürfnisse der Energiewirtschaft angepasst werden. Die Ausgestaltung von Messkonzepten und die dahinterstehenden Rechenprozesse bleiben jedoch herausfordernd.

Sprechen Sie uns gerne hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung und rechtssicheren Gestaltung Ihrer Prozesse an.

## Über uns

### Ihre Ansprechpartner

**Peter Mussaeus**

Tel.: +49 211 981-4930  
peter.mussaeus@pwc.com

**Michael H. Küper**

Tel.: +49 211 981-5396  
michael.kueper@pwc.com

### Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an: [subscribe\\_News\\_Energierecht@de.pwc.com](mailto:subscribe_News_Energierecht@de.pwc.com).

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an: [unsubscribe\\_News\\_Energierecht@de.pwc.com](mailto:unsubscribe_News_Energierecht@de.pwc.com).

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Januar 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

**[www.pwc.de](http://www.pwc.de)**